

Kurs halten – entschieden und glaubwürdig für Frieden und soziale Gerechtigkeit Programmdiskussion und politisches Handeln – gemeinsam und miteinander

DIE LINKE steht vor großen Herausforderungen. Auf uns ruhen, wie die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2009 gezeigt haben, die Hoffnungen von Millionen Menschen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Interessen, Sorgen und Nöte der Menschen zum Maßstab und Ziel unserer Politik zu machen. Die seit November 2009 regierenden Parteien CDU/CSU und FDP haben ihre neoliberalen Angriffe insbesondere auf die Schwächsten in der Gesellschaft weiter verschärft. Demgegenüber wollen wir die Vorherrschaft des Neoliberalismus brechen und durch die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Solidarität ersetzen.

DIE LINKE steht zugleich vor der Herausforderung, als gesamtdeutsche Partei zusammenzuwachsen. Wir sind eine junge Partei, und doch wirken sich die Vielfalt unserer unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichte, der unterschiedlichen Bedingungen unseres konkreten politischen Wirkens stärker aus, als wir es bei Gründung der LINKEN vorausgesehen haben. Unsere innerparteilichen Kontroversen sind ein Ausdruck für diese Situation. Die Landesverbände und die verschiedenen Strömungen in unserer Partei suchen nach Antworten, um den Herausforderungen vor denen DIE LINKE steht, gerecht zu werden. Das ist legitim und notwendig. Aber Antworten kann DIE LINKE nur in ihrer Gesamtheit finden. Hierfür brauchen wir die Programmdebatte: Offen und transparent, in der Sache, wo erforderlich, hart, gegenüber den Mitsuchenden jedoch fair. So wird unsere Programmdiskussion auch für die Gesellschaft einladend sein. Verkommt die Programmdebatte jedoch zu einem Machtkampf der unterschiedlichen Strömungen und Ideologien, dann wäre nicht nur sie, sondern auch DIE LINKE gescheitert.

Jetzt muss sich zeigen, dass Die LINKE nicht das Projekt einzelner prominenter Personen ist, so wichtig diese für ihr Gelingen waren und auch weiterhin sein werden. DIE LINKE war und ist die politische Antwort auf die gesellschaftlichen Zustände und Widersprüche, auf die Verschärfung der sozialen Gegensätze, die Militarisierung der Außenpolitik und die Menschenfeindlichkeit des Neoliberalismus.

1. Kapitalismus und Krise

Mitten in der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise kämpfen Beschäftigte, Gewerkschaften und soziale Bewegungen täglich gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialabbau – unter verschärften Bedingungen, weil die Krise die Bedingungen für Arbeitskämpfe verschlechtert hat. Zugleich wächst die Kritik an den neoliberalen Parteien CDU, SPD, FDP und Grünen, die sich nach wie vor weigern, die Strukturen zu verändern, die in die Krise geführt haben.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung nehmen im ganzen Land zu. Auch ohne weiteren Sozialabbau ist ein Punkt erreicht, an dem die tägliche Zerstörung der Lebensgrundlagen für Beschäftigte, Erwerbslose und Arme unerträglich geworden ist. Druck am Arbeitsplatz, Druck auf Ämtern, Druck in Schulen und Hochschulen, fehlende öffentliche Unterstützung, unzureichende Einkommen höhlen die Menschen und ihre alltägliche Widerstandskraft aus. Mit Schikanen und Einschüchterungsversuchen gegen Beschäftigte und Erwerbslose werden soziale und demokratische Rechte abgebaut oder eingeschränkt. Die rassistische Hetze von Thilo Sarrazin und die Diffamierung von Langzeitarbeitslosen durch ihn, Roland Koch und Guido Westerwelle sind nur Beispiele dafür, dass versucht wird, die Wut der Schwachen und Unzufriedenen auf die noch Schwächeren der Gesellschaft umzulenken. Dagegen kämpfen wir solidarisch mit den Betroffenen.

In der Arbeitsmarktpolitik steht eine neue Phase des Kahlschlags bevor. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und FDP mit der Einführung der Kopfpauschale und der Entlassung der Arbeitgeber aus der Finanzierung der Krankenversicherung nicht weniger als die Zerstörung des solidarischen Gesundheitssystems als Ziel festgeschrieben. Die bildungspolitische Benachteiligung der Kinder von Migrantinnen und Migranten, Armen, Alleinerziehenden, Nichtakademikerinnen und Nichtakademikern ist skandalös. Anstatt von sozialen und öffentlichen Bedarfen auszugehen, wird zuerst der Finanzrahmen immer niedriger gesetzt und dann werden die Ausgaben „gedeckt“.

Die Tatsache, dass die SPD bis zuletzt diese Politik mit voran getrieben hat, hat sie die politische Glaubwürdigkeit gekostet. Die SPD gehört zu den Hauptakteuren dieser neoliberalen Politik, die sie gleichzeitig mit sozialen Lippenbekenntnissen zu bemänteln versucht. Noch in den letzten Monaten hat die SPD die Schuldenbremse mit abgesegnet und die Absenkung des Bundesanteils an den Wohnungskosten für Hartz-IV-Bezieher beschlossen. Eine Abkehr der SPD von Agenda 2010, Hartz-Gesetzen, Rente mit 67 und Auslandseinsätzen der Bundeswehr findet nicht statt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt die Umverteilung von unten nach oben fort und bedient die Interessen der Reichen. Steuergeschenke für Hotelbesitzer gegen Bezahlung, Einführung der Kopfpauschale bei den Krankenkassen, Truppenaufstockung in Afghanistan, Abbau der Entwicklungshilfe kennzeichnen den Kurs der Regierung Merkel-Westerwelle. Die Laufzeiten von AKWs sollen verlängert werden, damit die Profite der großen Energiekonzerne weiter steigen. Die nächste Runde beim Sozialkahltschlag wird für die Zeit nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vorbereitet. Roland Koch und Guido Westerwelle hetzen gegen Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher. Die Arbeitslosigkeit steigt und nicht nur Schlecker zwingt Beschäftigte durch Leiharbeit zu Armutslöhnen. Banken und Finanzinvestoren haben das Casino wieder eröffnet. Obwohl sie die Krise verursacht haben, fahren sie schon wieder Milliarden-Gewinne ein, während Städte und Gemeinden vor der Zahlungsunfähigkeit stehen.

2. Politik und Gesellschaft verändern

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt das Versagen des Kapitalismus und das Scheitern seiner neoliberalen Heilsversprechen. Dennoch gelingt es den Herrschenden, die Kosten der Krise auf die Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Doch schien der entfesselte Kapitalismus in den letzten Jahren alternativlos zu sein, so gibt es jetzt wieder eine denkbare Alternative: eine solidarische und demokratische Gesellschaft.

Die herrschende Politik regiert in allen zentralen Fragen gegen die Mehrheit der Bevölkerung. In vielen Fragen vertritt DIE LINKE bereits heute Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung:

- Während die Bundesregierung mehr Truppen nach Afghanistan schickt, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung es ab, die Bundesrepublik am Hindukusch zu verteidigen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ablehnt. Die deutschen Soldaten gehören raus aus Afghanistan!
- Armutslöhne, sei es bei Schlecker oder anderswo, sind in der Bundesrepublik für unzählige Lohnabhängige bittere Realität. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Leiharbeit und Dumpinglöhnen Tür und Tor geöffnet und eine Rutschbahn der Löhne ausgelöst „Von Arbeit muss man leben können“ ist nach wie vor die Losung der LINKEN. Der gesetzliche Mindestlohn – in vielen europäischen Ländern Standard – muss durchgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind schon seit langem unser Bündnispartner im Kampf um den Mindestlohn, nun gilt es dieses Bündnis zu verbreitern und gesellschaftlichen Druck auf die Arbeitgeberverbände und die Regierungskoalition zu entfalten. Jetzt bewegen sich auch SPD und Grüne, weil der Druck von links wirkt.
- Im Agenda-Jahr 2010 rückt die Hartz IV-Gesetzgebung wieder ins Rampenlicht der politischen Debatte. Die Kritik der LINKEN, der Gewerkschaften und der Erwerbslosenverbände zeigt Wirkung. So rücken ehemalige Verfechter rhetorisch von Hartz IV ab. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers tut es, um die Wahl zu gewinnen, und Familienministerin von der Leyen will mit einer Begriffsänderung die Union für neue Wählerinnenschichten öffnen. Es wird gefordert, das Gesetz zu überarbeiten. Aber eine Überarbeitung reicht nicht. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz und gehört abgeschafft.
- Auch in die Rentendebatte ist Bewegung geraten. Die anderen Parteien haben nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung geschleift, sie haben mit der Privatisierung des Rentensystems den Finanzspekulationen in diesem Bereich den Weg geebnet. Die Forderung der LINKEN, die Rente mit 67 zurückzunehmen, wird zunehmend populärer.
- Gegen den gesundheitspolitischen Kahltschlag von CDU und FDP zeichnet sich eine breite Ablehnung durch Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Organisationen, das globalisierungskritische Netzwerk attac, aber auch durch SPD und Grüne ab. DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit der Forderung nach einer echten Bürgerversicherung für eine radikale solidarische Alternative auch zum bestehenden Gesundheitssystem eintritt. Wir wollen eine Solidarische Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle Beiträge einzahlen, zu deren Berechnung alle Einkünfte, auch die aus Spekulationen, ohne Bemessungsgrenze herangezogen werden. DIE LINKE wird sich an entstehenden Bündnissen gegen den gesundheitspolitischen Kahltschlag beteiligen. Wir werden offensiv für unsere Alternative einer Solidarischen Bürgerversicherung werben.
- Bund und Länder haben mit ihren Steuerbeschlüssen mit dazu beigetragen, den Kommunen die finanzielle Basis zu entziehen. Zunehmend werden Aufgaben der Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen

Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind. DIE LINKE fordert eine Finanzausstattung der Kommunen, mit der deren politische Handlungsfähigkeit wiederhergestellt wird. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige soziale Einrichtungen oder Bildungsinvestitionen nicht an fehlendem Geld, sondern an einer Politik scheitern, für die die kapitalhörigen Parteien verantwortlich sind.

Mit diesen Themen ist DIE LINKE erfolgreich. Diese Themen betreffen die Menschen und erreichen deshalb ihre Herzen und Köpfe. Die konsequente Ablehnung von Kriegen, Hartz IV und der Agenda 2010 ist Alleinstellungsmerkmal der LINKEN und die Grundlage unseres politischen Erfolgs. Es sind diese Inhalte, weshalb so viele Menschen unsere Politik unterstützen. DIE LINKE steht fest an der Seite der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten. Sie kämpft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Sie ist die Antikriegspartei und die Partei des demokratischen Sozialismus. Deshalb wird sich DIE LINKE an keiner Regierung beteiligen und keine Regierung tolerieren, die sich an Kriegen beteiligt, Privatisierungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter voran treibt oder einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte vornimmt. Die Frage der Regierungsbeteiligung oder -tolerierung wird ein wichtiger Diskussionspunkt in der jetzt beginnenden Programmdebatte sein.

Wir wissen, dass es ohne starke Gewerkschaften keine wesentlichen Veränderungen geben wird. Wir pflegen einen effektiven, konstruktiven und solidarischen Dialog mit den Gewerkschaften, der auch Kritik beinhaltet. Gewerkschaften sind die entscheidende Kraft, die im Interesse der abhängig Beschäftigten positiv auf die gesellschaftlichen Bedingungen Einfluss nehmen kann. Durch ihre betriebliche Verankerung können sie dies auch in den Betrieben und Verwaltungen zur Geltung bringen. Notwendiger denn je wird sein, dass die Gewerkschaften ihr politisches Mandat wahrnehmen und sich aktiv in die gesellschaftliche Debatte und Auseinandersetzung einbringen.

Immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind Mitglied der LINKEN. Das eröffnet neue Möglichkeiten für die Verankerung unserer Inhalte in den Betrieben und für breite Bündnisse zur Durchsetzung unserer Forderungen. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche darf nicht vor dem Betriebstor halt machen. Das Recht auf den politischen Streik ist unsere Antwort auf die ökonomische und politische Macht der Konzerne und Unternehmen. Starke Gewerkschaften sind eine wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Wir wollen weitere aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Partei DIE LINKE gewinnen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Eigentumsfrage stellt. Wir fragen nach den Macht- und Herrschaftsverhältnissen im real existierenden Kapitalismus und suchen nach Wegen, diese von Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnete Gesellschaftsordnung zu überwinden. Wir stellen uns der Aufgabe, hier und heute um Verbesserungen der Lebensverhältnisse zu kämpfen und dies mit der Perspektive einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden. Noch immer gilt: „Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Gerade die Krise des Kapitalismus (mitsamt dem Finanzkapitalismus) zeigt: Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie muss wieder auf die politische Tagesordnung. Als demokratische Erneuerungsbewegung plädieren wir dafür, die großen Energiekonzerne, die Banken und die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Staatliche Hilfen für Banken und Konzerne darf es nur im Austausch geben – gegen öffentliche Kontrolle und gegen Eigentumsanteile. Öffentliches Eigentum muss zugleich demokratisiert werden. Öffentliches Eigentum trägt Verantwortung für eine ökologische und soziale Veränderung der Produktions- und Lebensweisen. Die Debatte um Verstaatlichung und Vergesellschaftung ist eine Zukunftsdebatte, die dringend geführt werden muss. Dabei müssen auch Modelle von Mitarbeitergesellschaften entwickelt werden. Bund und Länder müssen Fonds bereitstellen, aus denen Bürgschaften geleistet werden können, wenn Belegschaften ihren gefährdeten Betrieb übernehmen wollen, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Genossenschaftliche Wirtschaftsformen müssen öffentlich unterstützt werden.

Die Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Demokratie. Eine ungerechte Vermögensverteilung führt zu undemokratischen Machtstrukturen. DIE LINKE wirft als einzige politische Kraft die Frage auf, was wem warum gehört. Wir wollen eine Gesellschafts- und Rechtsordnung, in der das Eigentum denen zugesprochen wird, die es erarbeitet und geschaffen haben.

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wird unverändert fortgesetzt. Die Streichung der Förderung erneuerbarer Energien und die Verlängerung der AKW-Laufzeiten stellen dabei nur den Anfang dar. Nur eine

Gesellschaft, die sich von wirtschaftlichem Wachstumszwang und Profitfetischismus verabschiedet, kann die Lebensgrundlagen für alle Menschen sichern. Wer ökologische Fragen primär unter dem Gesichtspunkt des Gewinnstrebens behandelt, hat kein Interesse an einer nachhaltigen Politik. Wir werden gemeinsam mit den sozialen Bewegungen für einen sozial-ökologischen Wandel kämpfen. Der Umstieg auf eine nachhaltige Energiegewinnung und der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sind unabdingbare Grundlagen unserer Politik. Die Sicherung der Lebensqualität aller Menschen muss im Mittelpunkt der Politik stehen.

Für DIE LINKE ist grundlegend, dass die materielle Teilhabe eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für gesellschaftliche Entfaltung darstellt. Dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft stellt sie das entschiedene Eintreten gegen patriarchale Unterdrückung und gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus zur Seite. Alle Menschen sollen gleichberechtigt das gesellschaftliche Leben gestalten können. Freiheit und Gleichheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und persönlichen Entwicklungschancen ist dabei unser emanzipatorisch-gesellschaftsveränderndes Ziel.

Soziale Not und gesellschaftliche Ungleichheit bieten einen Nährboden für nationalistische und faschistische Gesellschaftsmodelle. Die LINKE wendet sich energisch gegen undemokratische und faschistische Politik und tritt, anknüpfend an den Erfolg von Dresden, dafür ein, den faschistischen Aufmärschen breit und entschlossen entgegen zu treten; DIE LINKE setzt sich mit rechten Ideologien auseinander, doch darüber hinaus gehören neofaschistische Organisationen verboten. Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen.

Um Politik und Gesellschaft zu verändern, sucht DIE LINKE nach Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern. Wir sind aktiver Teil in sozialen Bewegungen, in den Gewerkschaften, in den Betrieben, in der Friedens- und Umweltbewegung und in der vielfältigen Bewegung für internationale Solidarität. Wir stehen im Austausch mit kritischen Intellektuellen. Wir verbünden uns mit anderen Gruppen im Kampf gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie und Neofaschismus. Überall dort, wo sich die Menschen für ein gutes Leben einsetzen, ist DIE LINKE präsent; wir sind offen für die Impulse aus der Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Kräften und als aktiver Motor streitet DIE LINKE für eine Hegemonie der Solidarität. Dafür schmieden wir gesellschaftlich wirksame Bündnisse mit dem Ziel, Menschen für gesellschaftliche Veränderung zu mobilisieren.

DIE LINKE kämpft um gesellschaftliche Mehrheiten. Wenn auf dieser Grundlage ein Politikwechsel für Frieden und soziale Gerechtigkeit mit parlamentarischen Mehrheiten möglich ist, beteiligt sich DIE LINKE an Regierungen, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. In Hessen ist der rotgrüne Koalitionsvertrag, der leider nicht zum Einsatz kam, ein Beleg dafür, was unter Tolerierung der LINKEN möglich wäre: z.B. Abschaffung der Studiengebühren, Stopp von Sozial- und Stellenabbau, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherte, tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse, längeres gemeinsames Lernen. In vielen Fragen vertreten wir die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Es ist daher nicht die Frage, ob DIE LINKE regierungsfähig ist. Die Frage ist, ob andere Parteien jenseits von rhetorischen Lippenbekenntnissen für einen solchen Politikwechsel zur Verfügung stehen. Wer unter Regierungsfähigkeit jedoch versteht, Kriegseinsätzen und Sozialabbau zuzustimmen und Freiheitsrechte einzuschränken, dem sei gesagt: Dafür steht DIE LINKE nicht zur Verfügung.

3. Die Neugründung der LINKEN – Ein erfolgreiches Projekt

Das hat es bisher noch nicht gegeben: zwei Quellparteien, PDS und WASG, dazu Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivisten aus vielfältigen sozialen Bewegungen, Erwerbslose, aber auch Besserverdienende, denen es unerträglich ist, in einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft zu leben, gründeten gemeinsam eine neue politische Formation. Eine linke Partei, die verschiedene linke Vorstellungen, Traditionen, Strömungen und Meinungen einigend zusammenbringt und den zerstörerischen Kräften des marktradikalen Neoliberalismus Paroli bietet.

Nach nur zwei Jahren hat dieses Projekt die politische Landschaft grundlegend verändert. DIE LINKE ist ein wirkungsvoller politischer Faktor in diesem Land. Für Tausende neue Mitglieder ist sie heute politische Heimat. Millionen Wählerinnen und Wähler schenken der Partei ihr Vertrauen. In sechs ostdeutschen und sechs westdeutschen Landtagen und in vielen Kommunalvertretungen ist DIE LINKE vertreten. Die LINKSFRAKTION im Bundestag ist stark wie nie. Europaweit blicken Linke erwartungs- und hoffnungsvoll auf die Partei DIE LINKE. Wir sind ein erfolgreiches Projekt.

DIE LINKE ist kein Selbstzweck, weder für ihre Mitglieder noch für ihre Wählerinnen und Wähler: Wir haben sie gegründet, um Menschen Stimme, Hoffnung und Kraft zu geben. Unsere Stärke liegt in der konsequenten Interessenvertretung – auf der politischen Ebene und ganz praktisch vor Ort. Keine andere Partei bietet Konzepte an, die einen landes- und bundespolitischen Ausweg aus den sozialen Missständen weisen. Dieses Profil müssen wir schärfen, um weiter zu wachsen und unsere Verankerung in den Stadtteilen, bei Beschäftigten, Erwerbslosen, sozial Benachteiligten, Initiativen, Bewegungen, Gewerkschaften weiter zu steigern.

Dies ist nur möglich, wenn wir mehr werden und das weiterentwickeln, was DIE LINKE bisher stark gemacht hat: Politikentwicklung zusammen mit den Betroffenen, Pluralität und kritische innerparteiliche Diskussion, politische Initiative und das Bemühen um eine solidarische Kultur, die Selbstzufriedenheit, „Männerkulturen“ und Abschottung überwindet. DIE LINKE will Menschen ermutigen, sich gegen menschenunwürdige Zustände zu wehren, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Aus dem Superwahljahr 2009 ist DIE LINKE bundesweit gestärkt hervorgegangen, weil uns insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Erwerbslose ihr Vertrauen gegeben haben und damit an die Politik der LINKEN hohe Maßstäbe anlegen und große Erwartungen mit uns verbinden. Gleichzeitig verschlechtern die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und die neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft. Dem müssen wir uns stellen, parlamentarisch, vor allem aber außerparlamentarisch.

Viele Menschen haben der Politik und den Politikerinnen und Politikern ihr Vertrauen entzogen. Die Nichtwähler sind inzwischen bei Wahlen die größte Gruppe. Der LINKEN ist es bislang nicht gelungen, den Großteil dieser von der Politik Enttäuschten von ihrer Glaubwürdigkeit zu überzeugen, obwohl uns viele von ihnen mit Sympathie beobachten. Um sie zu überzeugen, müssen wir bei unseren politischen Positionen Kurs halten, aktive Partner in betrieblichen Kämpfen und Bürgerinitiativen sein und ihnen tatkräftige Hilfe, beispielsweise durch Sozialberatung, anbieten. Wir müssen beweisen: Bei uns gilt auch nach der Wahl, was wir vor der Wahl versprochen haben.

4. Veränderung der Veränderer

DIE LINKE hat sich mit dem Anspruch gegründet, eine neue politische Formation zu sein. Im Rucksack tragen wir die vielfältigen Erfahrungen der politischen Linken des 20. Jahrhunderts. Wir fühlen uns dem Erbe der Arbeiterinnenbewegung, der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Parteien verpflichtet. Wir wollen aus ihren Erfolgen, aber auch aus ihren bitteren Niederlagen und Fehlern lernen. Wir greifen die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Initiativen auf.

Vor diesem Hintergrund brechen wir mit alten Parteimodellen und erkennen Pluralität als lebensnotwendig für eine erneuerte Linke an. Innerparteiliche Strömungen haben dabei die Aufgabe, die inhaltliche Debatte der Partei zu bereichern und in der gemeinsamen für alle transparenten Auseinandersetzung die politischen Positionen weiterzuentwickeln – in der Sache hart und im persönlichen Umgang kulturvoll. Reduzierten sich Strömungen auf das Durchsetzen von Personalentscheidungen, verabschieden sie sich von dieser notwendigen Funktion.

DIE LINKE ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die eine gleichberechtigte Vereinigung von Ost und West vollzogen hat. Aber der wirkliche Einigungsprozess steht noch aus. Zwischen Ost und West gibt es erhebliche Unterschiede, die sich auch in unserer Partei widerspiegeln, z. B. unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Lebensperspektiven und eine unterschiedliche Geschichte der Linken in Ost und West.

Im Osten ist DIE LINKE maßgeblich aus der PDS hervorgegangen. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag 1989 hat sie unwiderruflich mit dem Stalinismus als System gebrochen. Demokratischer Sozialismus ist für die Mitglieder der LINKEN im Osten Wertorientierung, Methode und Ziel unserer Politik. Als stärkste bzw. zweitstärkste politische Kraft in den neuen Ländern ist DIE LINKE in den großen und kleinen Städten und auch in vielen ländlichen Räumen, vor allem aber in der Breite der Bevölkerung gut verankert. Sie arbeitet mit der Vielfalt an Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften zusammen. Hieraus ergeben sich der Anspruch und die Herausforderung, linke Politik für die gesamte Gesellschaft zu formulieren, sie gegen neoliberale Politik in außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition, aber auch in Verantwortung, sei es auf kommunaler, sei es auf Landesebene durchzusetzen.

DIE LINKE. in Ost und West betrachtet diese Politikentwicklung als ständigen Lernprozess und nicht als Durchsetzung einer „richtigen Linie“. Unsere Unterschiede können wir nicht einfach per Mehrheitsbeschluss zur

Seite schieben. Durch verstärkten politischen und persönlichen Austausch und gegenseitige Lernbereitschaft, inhaltliche Konferenzen im Rahmen der Programmdebatte und vor allem politische Aktionen werden wir mehr Gemeinsamkeit schaffen, weil wir gemeinsame Grundlagen haben.

Als Teil der europäischen LINKEN sehen wir Europa als einen Raum des demokratischen Widerstandes und des Protestes gegen neoliberale Politik. Wenn wir Europa noch stärker als Möglichkeit verstehen, eine Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Freiheiten zu entwickeln, wird DIE LINKE bei zukünftigen Wahlen zum EU-Parlament ihre vorhandenen Reserven erschließen.

Die Vielfalt unterschiedlicher Traditionen und Auffassungen in einer pluralen LINKEN ist eine große Herausforderung. Der Beweis, dass es gelingen wird, die innewohnenden Widersprüche produktiv zu nutzen und qualitativ weiterzuentwickeln, steht noch aus. Diesen Anspruch einzulösen, ist eine der zentralen Aufgaben der Parteientwicklung.

DIE LINKE ist angetreten, die Demokratie zu erneuern. Wer solche Forderungen an die Gesellschaft stellt, muss diese Maßstäbe auch auf sich selbst anwenden. Grundsatz muss sein: Über zentrale Fragen entscheiden die Mitglieder in Urabstimmungen. Dazu zählt insbesondere die Frage der Regierungsbeteiligungen.

Häufig wird behauptet, DIE LINKE hätte kein Programm. Das ist schlichtweg falsch. Die programmatische Grundlage der Partei bilden die „Programmatischen Eckpunkte“. Von der Mitgliedschaft in einer Urabstimmung beschlossen und vom Gründungsparteitag der LINKEN bestätigt, haben sie eine hohe demokratische Legitimation. Der Gestus der Eckpunkte muss in der Programmdebatte einen Widerhall finden. Differenzen und offene Fragen zu benennen, ist keine Schwäche, sondern eine Stärke, die unsere Politik verbessert und Glaubwürdigkeit erhöht.

Die Vielfältigkeit der Gesellschaft sollte sich in der Vielfältigkeit der Mitgliederstruktur der Partei wieder finden. DIE LINKE muss feministischer werden und um Frauen aktiv werben. Als Verfechter des Gleichheitsgedankens muss DIE LINKE mehr Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund für die politische Arbeit gewinnen. Auch Menschen mit Behinderungen, Schwule und Lesben finden bei der LINKEN ein Klima der Solidarität. Als Kämpferin für eine solidarische Zukunft ist für DIE LINKE die politische Diskussion mit Jugendlichen entscheidend. Ebenso ist die Lebenserfahrung älterer Genossinnen und Genossen für DIE LINKE unverzichtbar.

DIE LINKE ist starkem politischem Gegenwind ausgesetzt. Häme und Unwahrheiten, persönliche Diffamierungen und politische Fälschungen werden über Medien verbreitet. Originalaussagen der LINKEN sind eher selten – fehlende Berichterstattung über DIE LINKE eher üblich. Dennoch bleibt DIE LINKE eine offene Ansprechpartnerin für Journalistinnen und Journalisten. Innerparteiliche Debatten führen wir sachlich, aber kontrovers und selbstbewusst. Der Druck der Medien darf nicht zu Selbstzensur und zum Verzicht auf notwendige Debatten führen.

DIE LINKE wird von den wirtschaftlichen und politischen Eliten bekämpft, die von dieser Gesellschaftsordnung profitieren. Die Medien verbreiten mehrheitlich die Meinung der Herrschenden, denen sie ja auch gehören. Da privatwirtschaftliche Medien der LINKEN, solange sie konsequent die Interessen der sozial Ausgegrenzten vertritt, keine ausreichende Plattform bieten werden, ist es nötig, eine demokratische Gegenöffentlichkeit zu entwickeln. Nur so kann DIE LINKE den Kampf um die Deutungshoheit in der Gesellschaft für sich entscheiden. Die größte Stärke der LINKEN ist der direkte Kontakt zu den Menschen.

**Einstimmiger Beschluss des Landesvorstands Hessen,
Frankfurt am Main, den 27.03.2010**

**Mit Mehrheit angenommen
Landesvorstand Thüringen, 31.03.2010**

**Heidmarie Scheuch-Paschkewitz
Landesvorsitzende Hessen**

**Knut Korschewski
Landesvorsitzender Thüringen**

**Ulrich J. Wilken
Landesvorsitzender Hessen**